

Dieses Dokument stellt eine Ausfüllhilfe zur Bearbeitung eines Förderantrags für ein F&E-Projekt im Rahmen des ResA-Förderprogramms 6 dar. Die angegebenen Inhalte sind nur exemplarisch, nicht bindend.

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

(Projektförderung)

Betr.: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für eine „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ - Förderbereich 6: Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Abwasserbeseitigung

Bezug: RdErl. des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz -IV-7-025 089 0010- vom 10.04.2017

1. Antragstellerin / Antragsteller	
1.1 Name / Bezeichnung	„Universität; Forschungsinstitut; Unternehmen“
1.2 Anschrift	Straße / PLZ, Ort „Straße, Nummer; PLZ, Stadt; Postfach“
1.3 vertreten durch	Name(n), Vorname(n), Funktion „Präsident, Geschäftsführer, Lehrstuhlinhaber, Leiter des Institutes etc.“; Ansprechpartner für das LANUV Tel.: Fax: E-Mail:
1.4 Auskunft erteilt	Name / Tel. (Durchwahl) / E-Mail / Fax / Tel.: Fax: E-Mail:
1.5 Bankverbindung	IBAN: DE
	BIC:
	Bezeichnung des Kreditinstituts

2. Maßnahme		
Bezeichnung Kurze, eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme	„Projekttitle + Kürzel“	
Durchführungszeitraum	Beginn des Vorhabens: (Tag / Monat / Jahr)	Ende des Vorhabens: (Tag / Monat / Jahr)
Projektform	<input type="checkbox"/> Forschungseinrichtung (nach Ziffer 13.3.1 der Richtlinie) <input type="checkbox"/> Forschungseinrichtung mit einem Unternehmen als Kooperationspartner (nach Ziffer 13.3.2 der Richtlinie) Name/n des/der antragstellenden Kooperationspartner/s: <input type="checkbox"/> Unternehmen oder Einrichtung, deren Vorhaben der Stärkung von Forschung, Innovation und Technologie dienen (nach Ziffer 13.3.3 der Richtlinie)	
Projektcharakter	<input type="checkbox"/> Grundlagenforschung <input type="checkbox"/> industrielle Forschung <input type="checkbox"/> experimentelle Entwicklung	

3. Finanzierungsplan				
	Gesamt	(auszufüllen, wenn sich die Maßnahme über mehrere Jahre erstreckt)		
		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
		2020 Jahr der Antragstellung	2021 1. Folgejahr	20 2. Folgejahr
	€	€	€	€
1	2	3	4	5
3.1 Gesamtkosten (lt. beil. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung)				
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
3.3 abzüglich Leistungen Dritter <i>./.</i> (ohne öffentliche Förderung)				
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben =				
3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)				
3.6 beantragte / bewilligte öffent- liche Förderung (ohne 3.5) durch: <i>Eine Doppelförderung ei- nes Projektes über ResA und eine andere Stelle ist nicht möglich.</i>				
3.7 Eigenanteil ¹				

4. Beantragte Förderung		
Zuwendungsbereich	Zuschuss €	v. H. von Nr. 3.4
1	2	3
<i>Bitte die Kostenarten einzeln, aufzählen (z.B. Personalkosten, Sachkosten, Reisekosten etc.). Bitte jeweils den Eigenanteil angeben.</i>		

¹ Ihr Anteil, den Sie im Falle einer Förderung an den zuwendungsfähigen Kosten selbst zu tragen haben [Bsp.: Zuwendungsfähige Gesamtkosten = 10 T€ (= 100 %), Förderung = 8 T€ (Fördersatz 80%) Eigenanteil = 2 T€ (= 20%)].

Summe		
-------	--	--

5. Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (wie Ziel / Ziele, Konzeption, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen, Raumbedarf, Standort)

Bitte geben Sie hier eine kurze Übersicht über das Forschungsvorhaben an. Es sollten die oben genannten Punkte beinhaltet sein. Der Fließtext sollte darstellen, wo das Projekt durchgeführt werden soll und wie das Projekt generell mit welchem Ziel ablaufen soll. Hier kann auch eine kurze Aussage über Vorversuche und die daraus resultierende Vermutung oder die zu untersuchende Hypothese bzw. Erfolgsprognose getätigt werden. Des Weiteren kann auch der Vorteil/Hintergrund einer Zusammenarbeit der Projektpartner angegeben werden. Der Nutzen des Projektes für die Wasserwirtschaft im Sinne der Förderung aus AbwAG-Mitteln sollte kurz erläutert werden.

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (wie Eigenanteil, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin / für den Antragsteller, die Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.

7. Anlagen

- a) Registerauszug bzw. Nachweis der Rechtsfähigkeit (**außer** bei Hochschulen).
- b) Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag und ggf. Gesellschaftsbeschlüsse über die / den Vertretungsbevollmächtigte / n (**außer** bei Hochschulen).
- c) Vertretungsberechtigung
[siehe 'Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags', sofern Angaben in Ziffer 1.3 und 1.4 voneinander abweichen bzw. zusätzliche Personen mit der Wahrnehmung von Angelegenheiten des Fördervorhabens beauftragt sind]
- d) Projektbeschreibung nach Ziffer 13.7.2 der Richtlinie; inkl. Zeitplan in Balkenformat
Bei Verbundvorhaben nur durch den Verbundkoordinator vorzulegen.
- e) Zielbenennungen und Kriterien zur Erfolgskontrolle (*siehe 'Anlage zu Ziffer 7 e des Antrags'*)

- f) Differenzierter Kostenplan und Erläuterung der Berechnungsgrundlagen zu den einzelnen Kostenpositionen [siehe Excel-Vorlage 'Differenzierter Kostenplan Anlage zu Ziffer 7 f des Antrags']
- g) Nachweis, dass die Finanzierung durch die Eigenmittel gesichert ist
(in Form eines Kontoauszugs bzw. einer verbindlichen Bestätigung der Hausbank) bzw.
 Eigenerklärung der Hochschule unter Ziffer 5.2 des Antrags und Bestätigung geordneter Finanzlage (ausgeglichener Hochschulhaushalt) unter Ziffer 6 des Antrags
- h) Einverständniserklärung REFORDAT und UFORDAT
(siehe 'Anlage zu Ziffer 7 g des Antrags', sofern Forschungsvorhaben)
- i) Antrag auf Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn mit Begründung
(siehe 'Anlage zu Ziffer 7 h des Antrags')
- j) Antrag auf Zulassung eines DV-gestützten Buchführungssystems zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung (siehe 'Anlage zu Ziffer 7 i des Antrags')
- k) Antrag auf Zulassung eines elektronischen Zeiterfassungssystems zum Nachweis der Arbeitszeiten (siehe 'Anlage zu Ziffer 7 j des Antrags')
- l) Bei Verbundvorhaben: Kooperationsvertrag sowie tabellarische Aufstellung der Verteilung der Kosten, Eigenanteile und Förderung inklusive rechtsverbindlicher Unterschrift aller Projektpartner (nur durch den Verbundkoordinator vorzulegen)
- m) De-minimis Erklärung für Zuwendungsempfänger nach Ziffer 13.3.2 und 13.3.3 der Richtlinie
- n) weitere Anlagen:
-

8. Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

8.2 die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt wird:

- ja (*Wenn ja, ist das Ausfüllen der Anlage 7 h zu diesem Antrag zwingend erforderlich*)
 nein

8.3 sie / er zum Vorsteuerabzug berechtigt ist

- ja und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
 nein

8.4 für **dieses Vorhaben** wurden weitere öffentliche Förderungen beantragt oder bewilligt (5 Jahre rückwirkend, maßgeblich ist das Datum der Antragstellung):

- ja (*Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen*)
 nein

8.5 für **andere Vorhaben** wurden weitere öffentliche Förderungen beantragt oder bewilligt (5 Jahre rückwirkend, maßgeblich ist das Datum der Antragstellung):

- ja (*Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen*)
 nein

8.6 er/sie **erhält** institutionelle Förderung, die u.a. auch zur Deckung von Gemeinausgaben dient. Für diesen Fall wird erklärt, dass es sich bei den in diesem Projekt geltend gemachten Gemeinausgaben ausschließlich um zusätzliche Gemeinausgaben handelt, die unmittelbar durch das Projekt entstehen und nicht bereits Gegenstand einer institutionellen Förderung sind,

- ja (*Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen*)
 nein

8.7 sie / er bis jetzt Beihilfen erhalten hat, die Gegenstand einer anhängigen Rückforderungsanordnung der EU-Kommission sind

- ja (*Angaben hierzu bitte auf einer gesonderten Anlage ausführen*)
 nein

8.8 ihre / seine insgesamt anfallenden (nicht nur die projektbezogenen) Gesamtausgaben **überwiegend** (>50 %) aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, einschließlich Bund und EU, bestritten werden.

- ja
 nein

8.9 der Antragsvordruck nicht verändert wurde und die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

8.10 alle Erkenntnisse und Ergebnisse, die ihr / ihm aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUV verfügbar gemacht werden und sowohl das Land NRW als auch sie / er selbst zur Verbreitung der Projektergebnisse an die Allgemeinheit berechtigt ist.

8.11 Der Antragstellerin / Dem Antragsteller ist bekannt, dass alle Angaben im Antrag (Ziffern 1 - 8.5 einschließlich mit Antragsstellung vorgelegter und nachgereichter Antragsunterlagen)

- subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in der jeweils geltenden Fassung sind, das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen,
- sie / er verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.

8.12 Für Hochschulen und Forschungseinrichtungen:

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass die beantragte Förderung ausschließlich ihre / seine nichtwirtschaftliche Tätigkeit betrifft und die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Tätigkeit und ihre Kosten und Finanzierungen eindeutig voneinander getrennt werden können. Der Nachweis der korrekten Kostenzuordnung erfolgt im Jahresabschluss. ja nein

Ich / wir versichere / n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne / n die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen für mich / uns als verbindlich an.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

.....
(Name Funktion)

Vertretungsberechtigung

Hiermit erkläre ich, die Antragstellerin / der Antragsteller, dass für folgenden Beschäftigten / Personen

Name (Druckbuchstaben)	Unterschriften (Original) der / des Vertretungsberechtigten

eine rechtliche **Vollmacht** zur Vertretung in Angelegenheiten des Fördervorhabens

Kurzbezeichnung gem. Ziffer 3.1 des Antrags

mit Antragstellung vom

--

ingeräumt ist.

Ort, Datum

Firmenstempel / Rechtsverbindliche Unterschrift

Zielbenennungen und Kriterien zur Erfolgskontrolle der Fördermaßnahme

Ziel/e	Aufgabenstellungen / Teilmaßnahme	Ziele / Zweck der Aufgabenstellung / Teilmaßnahme	Kriterien zur Überprüfung der erfolgreichen Zielerreichung ²
1			

² Quantifizierbare Indikatoren und Erfolgsindikatoren

Einwilligungserklärung zur Erfassung, Verarbeitung, Weitergabe und Veröffentlichung personenbezogener Daten im Rahmen der Ressortforschungsdatenbank REFORDAT

Das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wird zur Vermeidung von Doppelvergabe und Doppelförderung sowie zur Forschungs koordinierung in der Ressortforschungsdatenbank REFORDAT des Landes Nordrhein-Westfalen, die das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) betreibt, gespeichert. Auf REFORDAT haben das LANUV, das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie der Landesbetrieb Wald und Holz NRW Zugriff. REFORDAT ist nicht öffentlich zugänglich.

In REFORDAT werden folgende personenbezogene Daten von Ihnen als Projektleiterin/ Projektleiter gespeichert: **Anrede, akademischer Grad, Vorname, Nachname, Telefon, Email**

Diese personenbezogenen Daten werden zur Eingabe in weitere Forschungsdatenbanken an folgende Institutionen weitergegeben:

- 1.) An das Umweltbundesamt zur Eingabe in die Umweltforschungsdatenbank (UFORDAT¹),
- 2.) an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Eingabe in das Forschungsinformationssystem Agrar und Ernährung (FISA²),
- 3.) an das Fraunhofer IRB zur Eingabe in die Datenbank FORS³.

¹UFORDAT speichert und veröffentlicht die Daten unter anderem über das Internet (<https://doku.uba.de>). Rechercheergebnisse können gespeichert und weiterverarbeitet werden. Aus UFORDAT werden Datenbankauszüge im pdf-Format zu einzelnen Themen (z. B. Windenergie, Arzneimittel in der Umwelt) veröffentlicht. Bei Bedarf werden die Datenbankauszüge auch gedruckt, z.B. um sie auf Fachveranstaltungen zu verteilen <http://www.umweltbundesamt.de/ufordat>.

In FISA² werden keine personenbezogenen Daten erhoben oder gespeichert. Ausführliche Datenschutzhinweise sowie den Verweis auf die Datenschutzerklärung sind in FISA unter <https://fisaonline.de/datenschutz/> aufgeführt.

³FORS speichert und veröffentlicht die Daten über das Internet (<https://www.irb.fraunhofer.de/stadt-raumplanung/fors>).

Die Einwilligung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO). Ihre in der DS-GVO normierten Rechte wie Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch, Widerruf und Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde bleiben selbstverständlich unberührt.

<u>Verantwortlicher:</u> Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW Leibnizstr. 10 45659 Recklinghausen	<u>Ansprechpartnerin:</u> Carmen Haase Carmen.Haase@lanuv.nrw.de <u>Behördliche Datenschutzbeauftragte:</u> Elisa Ravalico datenschutz@lanuv.nrw.de
--	---

Ich

Name, Vorname

erkläre mich damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten im oben beschriebenen Sinne verarbeitet und übermittelt und veröffentlicht werden.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

ANTRAG AUF ERTEILUNG EINES VORZEITIGEN MAßNAHMEBEGINNS

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

Zu meinem / unserem Antrag vom _____ beantrage(n) ich / wir bereits mit dem Vorhaben vor der Bewilligung (Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides) beginnen zu dürfen.

Die Notwendigkeit des vorzeitigen Maßnahmebeginns wird wie folgt begründet:

Mir / uns ist bekannt, dass Ihre Erteilung (Zustimmung) des vorzeitigen Maßnahmebeginns keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung begründet und ich / wir das volle Finanzrisiko trage(n).

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Rechtsverbindliche Unterschrift)

**ANTRAG AUF ZULASSUNG EINES DV-GESTÜTZTEN BUCHFÜHRUNGSSYSTEMS
ZUR ELEKTRONISCHEN BELEGFÜHRUNG UND BELEGAUFBEWAHRUNG**

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

Eingesetztes System:

Zertifiziert ³ von:

(Kopie bitte beifügen)

Zu meinem / unserem Antrag vom _____ beantrage(n) ich / wir das oben genannte DV-gestützte Buchführungssystem zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung für die Durchführung des genannten Vorhabens zuzulassen.

Ich / wir versichern, dass

- a. das o. g. System die Grundsätze zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD, lt. BmF 14.11.2014 in der jeweils gültigen Fassung) erfüllt.
- b. allgemein übliche Datenträger verwendet und
- c. die anerkannten Sicherheitsstandards eingehalten werden, sowie
- d. das Setzen einer elektronischen unveränderbaren Signatur auf den elektronischen Belegen (zur Dokumentation der Einsicht der Belege durch die Bewilligungsbehörde) möglich und
- e. die Zuverlässigkeit für Prüfzwecke gegeben ist.
- f. der Bewilligungsbehörde, dem Landesrechnungshof oder anderen Prüfinstanzen
 - die gleichen Zugriffsrechte und Möglichkeiten zugestanden werden und
 - die gleiche Unterstützung bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenzugriff gewährt wird,wie der Finanzverwaltung.
- g. gewährleistet ist, dass die gespeicherten Unterlagen sowie die zu ihrem Verständnis erforderlichen Arbeitsanweisungen jederzeit innerhalb einer angemessenen Frist in NRW lesbar gemacht werden können und die hierfür erforderlichen Daten, Programme sowie Maschinen und Hilfsmittel (z.B. Personal, Bildschirme, Lesegeräte usw.) kostenlos bereitgestellt werden.
- h. die Datenbestände so organisiert werden, dass die prüfenden Stellen nur auf die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten zu dem geförderten Projekt zugreifen können. Enthalten elektronisch gespeicherte Datenbestände z. B. nicht aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtige, personenbezogene oder dem Berufsgeheimnis unterliegende Daten, so kann eine Prüfung nicht mit dem Hinweis darauf abgelehnt werden.
- i. die bewilligende Stelle unverzüglich unterrichtet wird,
 - sobald das System nicht mehr die GoBD erfüllt oder
 - dies von einem Dritten (z.B. Finanzverwaltung) bezweifelt wird.

³ Testat des Wirtschaftsprüfers zur Einhaltung der GoBD (z. B. durch entsprechende Bestätigung der Prüfung des letzten Jahresabschlusses oder einer Prüfung des Systems selbst) oder ein Schreiben des zuständigen Finanzamtes zur Zulassung des o. g. Systems für steuerliche Zwecke. Sofern keine entsprechenden Bescheinigungen vorgelegt oder einer der o. g. Voraussetzungen nicht erfüllt werden können, kann das elektronische System zur Belegaufbewahrung nicht zugelassen werden.

- j. die Aufbewahrung und Lesbarmachung der Daten und Dokumentationen auch über den steuer- und handelsrechtlichen Zeitraum hinaus gewährleistet ist, soweit der Zuwendungsbescheid dies vorsieht.

Mir / uns ist bekannt, dass

- die genannten Prüfinstanzen verlangen können, dass die Daten nach Vorgaben der jeweiligen Prüfungseinrichtung maschinell ausgewertet oder die gespeicherten Unterlagen und Aufzeichnungen in lesbarer Form oder auf einem maschinell verwertbaren Datenträger zur Verfügung gestellt werden.
- die überlassenen Daten bei der Prüfinstanz bis zum Ende der Förderperiode / der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden dürfen.
- die elektronischen Belege nicht anerkannt werden, wenn das System jetzt oder in Zukunft die oben genannten Punkte nicht erfüllt.
- bei jeglichen Änderungen, die das o. g. System betreffen, ein erneuter Antrag auf Zulassung gestellt werden muss. Diese Vorgabe gilt über die Projektlaufzeit hinaus bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist für die Belege.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Rechtsverbindliche Unterschrift)

**ANTRAG AUF ZULASSUNG EINES ELEKTRONISCHEN ZEITERFASSUNGSSYSTEMS
ZUM NACHWEIS DER ARBEITSZEITEN**

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

Eingesetztes System:

Zu meinem / unserem Antrag vom _____ beantrage(n) ich / wir das oben genannte elektronische Zeiterfassungssystem zum Nachweis der Arbeitszeiten für die Durchführung des genannten Vorhabens zuzulassen.

Ich / wir versichern, dass

- a. das o. g. System anerkannten Sicherheitsstandards genügt,
- b. eine eindeutige Zuordnung der erfassten Arbeitsstunden möglich ist. Hierbei können auch die für Tätigkeiten im Fördervorhaben geleisteten Stunden projektbezogen direkt zugeordnet und erfasst werden,
- c. die Daten über die Arbeitszeit der nicht ausschließlich im Projekt beschäftigten Mitarbeiter/innen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises (Aufbewahrungsfrist) aufbewahrt werden, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.
- d. die Zuverlässigkeit für Prüfzwecke gegeben ist.
- e. durch das eingesetzte elektronische Zeiterfassungssystem nicht die Prüfrechte der Bewilligungsbehörde, des Landesrechnungshofes oder anderer Prüfinstanzen beeinträchtigt werden.
- f. gewährleistet ist, dass die gespeicherten Unterlagen sowie die zu ihrem Verständnis erforderlichen Arbeitsanweisungen jederzeit innerhalb einer angemessenen Frist in NRW lesbar gemacht werden können und die hierfür erforderlichen Daten, Programme sowie Maschinen und Hilfsmittel (z.B. Personal, Bildschirme, Lesegeräte usw.) kostenlos bereitgestellt werden.
- g. die Datenbestände so organisiert werden, dass die prüfenden Stellen nur auf die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten zu dem geförderten Projekt zugreifen können. Enthalten elektronisch gespeicherte Datenbestände z. B. nicht aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtige, personenbezogene oder dem Berufsgeheimnis unterliegende Daten, so kann eine Prüfung nicht mit dem Hinweis darauf abgelehnt werden.

Mir / uns ist bekannt, dass

- die Ordnungsmäßigkeit der jeweiligen Stundenerfassung durch den Projektleiter bestätigt werden muss (Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips).
- die genannten Prüfinstanzen verlangen können, dass die Daten nach Vorgaben der jeweiligen Prüfungseinrichtung maschinell ausgewertet oder die gespeicherten Unterlagen und Aufzeichnungen in lesbarer Form oder auf einem maschinell verwertbaren Datenträger zur Verfügung gestellt werden.

- die überlassenen Daten bei der Prüfinstanz bis zum Ende der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden dürfen.
- das System nicht zum Nachweis der Arbeitszeit anerkannt werden kann, wenn es jetzt oder in Zukunft die oben genannten Punkte nicht erfüllt.
- bei jeglichen Änderungen, die das o. g. System betreffen, ein erneuter Antrag auf Zulassung gestellt werden muss.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Rechtsverbindliche Unterschrift)